

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 37

Vorwort: Der Fall Berlin und die Atombombe
Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK A.Z. Bern 1

für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Parteigenossen gesperrt (5)
Die griechische Exil-KP (6)
Leser zum Osthandel (7)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

2. Jahrgang, Nr. 37

Bern, 20. September 1961

Erscheint wöchentlich

Aus schweizerischer Sicht

Der Fall Berlin und die Atombombe

Die Krise, die Berlin droht, war seit Ende 1958 vorzusehen. Seit damals hätte man die nötigen Vorbereitungen treffen müssen, um gewappnet zu sein. Aber die amerikanischen Präsidentenwahlen verhalfen der freien Welt erst dieses Jahr zu einem Führer dessen Sprache klar ist und der die Erfahrungen zu entsprechenden Taten sammelt.

Ueber die Bedeutung Berlins als einziges wichtiges Symbol der freien Welt haben wir oft genug geschrieben, auch darüber, dass die Aufgabe Westberlins den Anfang vom Ende eines freien Westeuropas bedeuten müsste. Und weil Berlin ein derart mächtiges, tief verankertes Symbol ist, weil das freie Westberlin die endgültige Sowjetisierung der Ostzone hemmt und den Widerstand so mancher Freiheitskämpfer im kommunistischen Kolonialreich stärkt, muss Chruschtschew alle Mittel einsetzen, dieses gefährliche Loch im Eisernen Vorhang zu stopfen.

Die chinesische Mauer war der erste sichtbare Schritt in dieser Richtung. Er wurde tragischerweise hingenommen, weil noch immer der Scheinfriede mehr gilt als die Freiheit. Dieser hermetische Abschluss ist ein kommunistischer Erfolg und muss konsolidiert werden, bevor die Grundlage geschaffen wird, auf der ein nächster Angriff vorgetragen wird: westliche Anerkennung der Sowjetzone oder sowjetischer Friedensvertrag mit Ulbricht. Das eine wie das andere wird das langsame Abwürgen Westberlins erleichtern und schliesslich zum Punkt führen, wo die Erhaltung dieser Stadt nach Ansicht vieler Staatsmänner ein zu teurer Preis sein wird. Das tragische an dieser scheinbar unaufhaltsamen Entwicklung liegt darin, dass

sie nicht sprunghaft und offensichtlich, sondern langsam und kaum fühlbar erfolgt. Die zunächst einseitige Aufnahme der sowjetischen Kernwaffenversuche ist ein Teil des Kampfes um Berlin. Diese unerhörte Provokation sollte Westberlin aus den Schlagzeilen verdrängen, um die Gewöhnung an die chinesische Mauer zu erleichtern. Sie sollte ferner dokumentieren, dass die Sowjetunion gewillt ist, an den Rand des Krieges zu gehen, was im Westen auch dann den Eindruck nicht verfehlt, wenn die Unwahrscheinlichkeit eines Krieges unterstrichen wird. Endlich ist es eine ernüchternde Tatsache, dass die Sowjetunion mit der unbekümmerten Selbstverständlichkeit, die ihre Politik auszeichnet, aus dem voraussehbaren erneuten Atomversuchsstopp mehr Nutzen ziehen wird, als sie heute an Prestige einbüsst. Das ist der Fall, weil die Sowjetunion nach wie vor in der Offensive, der Westen aber immer noch in der Defensive liegt. Dem Angreifer nimmt man die Angriffshandlung nicht sehr übel, vermerkt aber den Verzicht darauf mit doppelter Freude und ungeteilter Naivität.

Wenn der Westen in dieser Lage nicht den Punkt überschreiten will, von wo an die weitere Entwicklung zum Kommunismus nicht mehr rückläufig gestaltet werden kann, muss er hart bleiben. Dann muss auch er seinen Willen dokumentieren, allenfalls für Westberlin einen Krieg zu führen. Diese Kriegsbereitschaft würde viel sicherer einen Krieg verhindern als die Konzessionsbereitschaft. Die Geschichte dieses Jahrhunderts weist viele Beispiele dafür auf, von München über Korea bis Ungarn.

Es ist leicht einzusehen, dass die Frage eines Atomverbotes in der Schweiz im Hinblick auf die weltpolitische Entwicklung der letzten Wochen eine erhöhte Bedeutung erhält. Wir haben bereits am 19. Juli auf den vorzüglichen Bericht des Bundesrates verwiesen und wiederholen hier die Kritik an der Bundesverwaltung, dass dieses staatspolitische Dokument auf Verlangen weder kostenlos, noch verbilligt abgegeben wird. Der von unserem Institut auf Wunsch gratis abgegebene und um den technischen Teil gekürzte Nachdruck ist bis heute in über 1100 Exemplaren verteilt worden, was das Interesse unserer Bevölkerung beweist, die über die Frage schliesslich zu entscheiden haben wird.

Die Befangenheit der Atomgegner muss in diesem Zusammenhang als peinlich bezeichnet werden. Am 10. September, einen Tag nachdem Chruschtschew sich gegen die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre aussprach, tagte in Bern der Grosse Ausschuss der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung unter dem Vorsitz von Kantonsrat Winiger (Zürich) und hörte Ansprachen der Nationalräte Giovanoli (Bern) und Arnold (Zürich). Die Tagung bekräftigte «die Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes gegen jegliche Form atomarer Aufrüstung.»

Nachdem offenbar Hinweise auf die realpolitische Lage die Exponenten dieser Richtung nicht von der Unhaltbarkeit ihrer Stellungnahme zu überzeugen vermögen, sei einmal kurz diese ideologische Haltung auf ihre Wurzeln zurückverfolgt. Ueber die Frage der Rüstung und Landesverteidigung haben die sozialdemokratischen Parteien seit Jahrzehnten diskutiert. Vor dem Ersten Weltkrieg wiegte man sich in die Illusion, die pazifistische Solidarität der Arbeiterklasse werde jede kriegerische Auseinandersetzung verhindern. Der Krieg zeigte, dass dies nicht zutraf. Gegen die «Sozialpatrioten», die die Militärkredite gebilligt hatten, bildete sich eine Opposition, die sich in Zimmerwald-Kiental organisierte und unter allen Umständen das Recht auf Landesverteidigung verneinte. Die Zimmerwaldner Linke stand unter Führung Lenins und ging später in die Komintern, die kommunistische Internationale, ein. Es war nicht zuletzt diese Frage: Landesverteidigung oder Klassenkampf, die sofort nach dem Krieg eine Abspaltung der Kommunisten von den Sozialisten bewirkte.

Der unbedingte Pazifismus hat völlig Bankrott erlitten. Das beweist nicht nur die Kriegstreiberei der Sowjetunion — der geistigen Erbin der Zimmerwaldner Linken —, sondern auch die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus. In jener Zeit verurteilte Karl Barth den absoluten Pazifismus sogar der Kirche.

Die alte Scheidung bleibt bestehen. Wer unter den Sozialisten die Landesverteidigung befürwortet, will auch die Kriegsschuld untersuchen; wer aber die Landesverteidigung ablehnt, der kümmert sich nicht um die Kriegsschuld. Diese letztere Haltung nähert sich praktisch der sowjetischen Linie, die zwar den Verteidigungskrieg rechtfertigt, ihn aber ausschliesslich der Sowjetunion vorbehält.

Peter Sager.

«Diesem Prinzip [wonach die Existenz der Internationale die Existenz autonomer Nationalitäten zur Vorbedingung hat] entspringt notwendigerweise eine Schlussfolgerung: nämlich, dass die Nationen wie die Individuen das Recht auf Verteidigung haben gegen eine Invasion, gegen einen Ueberfall, gegen einen Angriff, der ihre Unabhängigkeit bedrohen würde. Das Recht der Nationen auf Verteidigung schliesst jedoch unter den gegebenen Umständen eine technische Organisation der Landesverteidigung ein.»

Kongress der 2. Internationale,
Kopenhagen, 1907.